

Redebeitrag Dezernentin für Jugend, Frauen, Gesundheit und Bildung der Stadt Kassel Anne Janz

Kundgebung zur Verhandlung gegen Natascha Nicklaus und Nora Száz

29. August, 8.15 Uhr vor dem Amtsgericht Kassel, Frankfurter Straße 9

Guten Tag,

ich begrüße Sie alle ganz herzlich und freue mich, dass Sie gekommen sind, um Ihre Solidarität mit Natascha Nicklaus und Nora Szász zu bekunden.

Die beiden Frauenärztinnen müssen heute vor Gericht stehen, weil sie auf ihren Internetseiten darauf hingewiesen haben, dass in ihrer Praxis Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden. Sie haben trotz einer Anzeige auf der Grundlage des § 219a daran festgehalten, weil sie es wichtig finden, dass Frauen, die ungeplant schwanger geworden sind, sich über ihre Optionen informieren können und Hilfe und Unterstützung in Ihrer schwierigen Situation möglichst unkompliziert erhalten.

Als Frauen- und Gesundheitsdezernentin der Stadt Kassel ist das auch mir ein wichtiges Anliegen, und deshalb freue ich mich, dass ich heute als erste bei dieser Kundgebung sprechen darf.

Auch viele Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung haben sich nach Bekanntwerden der Anzeige gegen Frau Nicklaus und Frau Szász mit beiden Ärztinnen solidarisch erklärt.

Dass sich nun gerade diese beiden Frauenärztinnen dem Vorwurf ausgesetzt sehen, dass sie „eines Vermögensvorteils wegen“ wie es in dem § 219a Strafgesetzbuch heißt „Werbung“ für Schwangerschaftsabbrüche zu machen, zeigt, wie absurd diese Art von Anzeigen durch sogenannte Lebensschützer sind. Denn beide Frauen engagieren sich seit Jahren für die Gesundheit von Frauen in Kassel, im Bereich des Gewaltschutzes und der ehrenamtlichen gesundheitlichen Versorgung von Frauen, und haben ganz bestimmt keine Vermögensvorteile im Sinn! Danke dafür!

Vielmehr stehen sie an der Seite ihrer Kollegin Christina Hänel, in deren Fall in Gießen nächste Woche die Berufung verhandelt wird, im Kampf für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen. Zu diesem Selbstbestimmungsrecht muss heute selbstverständlich dazu gehören, dass man eigenständig und schnell Zugang zu Informationen erhält, die man braucht, um Entscheidungen treffen zu können.

Der Druck, der gegen Frauenärztinnen und –ärzte aufgebaut wird, hat offensichtlich auch dazu geführt, dass es in vielen Regionen kaum noch Möglichkeiten gibt, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, und Frauen lange Fahrtzeiten in Kauf nehmen müssen.

Jetzt ist dringend, dass die Politik auf der Bundesebene gefragt ist, den § 219 a zu streichen oder abzuändern. Es muss für Frauenarztpraxen und Tageskliniken möglich sein, darauf hinzuweisen, dass Patientinnen ihre Dienste in Anspruch nehmen können, ohne dass sie dafür kriminalisiert werden können.

Die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen ist durch den Kompromiss im § 218 StGB straffrei möglich. Dann muss auch darüber informiert werden können. Ich freue mich, dass nachher noch Politikerinnen von der Bundesebene hier sprechen werden, und dass auch meine Kollegin von der SPD, Esther Kalveram, sich an der Kundgebung hier beteiligt. Ich hoffe, dass wir gemeinsam von der kommunalen Ebene aus auch darauf hinwirken können, dass die Bundesebene tut, was getan werden muss.

Denn eine politische Lösung wäre das Beste. Frau Hänel, Frau Nicklaus und Frau Szász und weitere Ärztinnen und Ärzte müssen hier den juristischen Weg beschreiten, weil sie nicht bereit sind, klein beizugeben, sondern für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen kämpfen, und es kann gut sein, dass dazu noch mehrere Instanzen notwendig sind.

Sie sagen immer wieder, wie wichtig es dabei auch ist, von einer breiten Bewegung mit unterstützt zu werden. Und eine Bewegung haben wir hier in Kassel! Es gab viele sehr gut besuchten Veranstaltungen zum Thema, die Nachttanzdemo letzten Samstag, großen Annoncen in der Presse und die Kundgebung hier heute. Ein Kasseler Solidaritätsbündnis „Weg mit dem 219a!“ hat sich gefunden, um all das zu koordinieren und auch mit den Ärztinnen abzusprechen. Ich danke allen herzlich, die sich hier so engagieren, denn sie tun es für die Frauen hier in Kassel und eben aus Solidarität mit den Kasseler Frauenärztinnen, denen ich für diesen und eventuelle nötige weitere Prozesstage weiter so viel Kraft wünsche, wie sie sie jetzt schon gezeigt haben.